



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

x: Politischer Monatsbericht.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

um der Zukunft Wege zu bahnen. Hier treibt und gedeiht alles, was hineingelegt und hineingesäet wird, und sprießt schnell und üppig empor, hier kennt man überhaupt die Mühen und Arbeiten des Lebens nicht, denn hier gilt das strenge Wort: „Im Schweiß deines Angesichtes“ u. s. w. nicht. Fremde Völker haben es förmlich über sich genommen, diesem Volke in Allem dienend an die Hand zu gehen, ihm alle Anstrengungen zu ersparen. So günstige Verhältnisse können überhaupt nur in einem Staate stattfinden, der eigentlich noch kein Staat, sondern eine von einem Staate getragene Gesellschaft, gleichsam eine sich herausgestaltende Frucht im Mutterschooße ist. — Dieser Staat der doch kein Staat ist, hat Alles, was sonst einen Staat ausmacht, aber alle diese Elemente sind so zu sagen erst im Werden, in der Ausbildung begriffen, wie die Theile, wie die Organe des neugeborenen Kindes schon die Gestalt dessen, was sie einst vorstellen sollen, haben, aber noch zu schwach, zu ohnmächtig, zu unzeitig sind, um ihre Functionen selbst zu verrichten. Rumänien hat eine Verwaltung beweglich, schwankend und ohne alle Festigkeit, eine Militärmacht, selbst zur bloßen Vertheidigung zu schwach, Schulen, die nur den Grund zur Ausbildung legen, welche im Auslande weiter gesucht werden muß, eine Justiz so voller Launen, so feil und so ohne alle Würde, daß die Richter öffentlich von den Parteien mit Schlägen behandelt werden, und daß man auf seine Widersacher in den Gerichtssälen schießt, und sich am liebsten auf eigene Selbsthilfe verläßt, — eine Familie, die nur noch der äußeren Form nach eine solche ist.

### Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 23. September.

Die letzten Wochen haben einen neuen Nagel in den Sarg des zweiten Kaiserthums getrieben. Die Krankheit des Staatsoberhauptes hat den Freunden und Feinden des napoleonischen Frankreich den Beweis geliefert, daß die Regierung, welche sich rühmte, das unruhigste Volk der Erde für immer gebändigt zu haben, in der That nur auf zwei Augen steht. Gerade in dem Zeitpunkt, wo ein neues Kapitel der französischen Kaisergeschichte beginnen, der schwierige Versuch gemacht werden sollte, das persönliche Regiment mit dem Parlamentarismus zu versöhnen, als der Kaiser seinen veränderten Plänen durch ein neues Cabinet Ausdruck gegeben hatte, versagte die Kraft des

einzigsten Mannes, an den die Franzosen noch glauben, dem Europa die Fähigkeit zutraut, Herr der schwierigen Lage an der Seine zu bleiben. Und um allen Zweifel daran auszuschließen, daß Napoleon III. in der That der einzige kaiserliche Staatsmann Frankreichs sei, der nicht allen Credit verloren, brach sofort nach der ersten Kunde von seiner Erkrankung eine Verwirrung, ein allgemeines Angst- und Nothgeschrei aus, wie es am Tage nach dem Tode des Kaisers nicht hätte schlimmer sein können und das sich allmählig auf alle europäischen Börsen ausdehnte. Die ostensible Schuld an demselben trug allerdings das Ungeschick der officiellen Pariser Publicistik, deren beruhigende Nachrichten nicht nur bestimmt schienen, das Publikum mißtrauisch und unruhig zu machen, sondern außerdem so formulirt waren, daß man eigentlich erst durch sie erfuhr, wie krank der Kaiser gewesen. Darüber, daß der eigentliche Grund tiefer liegt, daß das Kaiserthum geblieben ist, was es gewesen, ein Compromiß egoistischer Sonderinteressen der verschiedensten Art, — darüber konnte man freilich nicht in Zweifel sein. Die nur mit dem Glück des dritten Napoleon ihren Bund geschlossen, bereiteten sich zur Flucht sobald dieses Glück zu wanken schien. Die Furcht davor, bei einer Catastrophe in Mitleidenschaft gezogen zu werden, das Bemühen, im äußersten Falle zuerst auf dem Platze zu sein und sich die Volksgunst schon vorläufig zu sichern — diese Auswüchse niedrigen und pietätslosen Egoismus traten so ungeschminkt und brutal hervor, daß man unwillkürlich an die Zeiten erinnert wurde, in denen die Demoralisation der Stützen des zweiten Kaiserthums das Lieblingsthema mißgünstiger Feuilletons bildete. Im Schooß der kaiserlichen Familie trat sofort der feindliche Gegensatz zwischen der Kaiserin und dem Prinzen Napoleon zu Tage, mehr noch durch persönliche Motive, wie durch principielle Discrepanzen genährt und mit jener formlosen Brutalität ausgefochten, welche neu emporgekommene Dynastien trotz allen Strebens nach einer den alten Herrschergeschlechtern ebenbürtigen Haltung nicht so leicht los werden zu können scheinen. Innerhalb der eigentlich gouvernementalen Sphäre herrschte die vollständigste Rathlosigkeit. Rouher, der als Senatspräsident die Rolle des leitenden Ministers fortzuführen versucht, ist als Vertreter des alten Systems doch nur ein Staatsmann von gestern und die Glieder des gegenwärtigen Cabinets haben eigentlich nie eine Zeit gehabt. Bei Hof als Vertreter des unbequemen neuen Systems verhaßt, von der Opposition als bloße Uebergangsmänner kaum beachtet, unter sich gespalten und verfeindet, üben die neuen Minister nach keiner Seite Autorität, war während der Tage der Besorgniß von ihnen am wenigsten die Rede.

Zu einer Vorstellung von der ungeheuren Umwandlung, welche sich während der verhängnißvollen letzten Wochen in den Gemüthern der Franzosen vollzogen hat, genügt ein Vergleich zwischen der Sprache, welche

die Presse vor der ersten Septemberwoche führte und welche seit derselben üblich geworden. Der Zustand des Kaisers, die Beziehungen und Pläne der Glieder der kaiserlichen Familie, die Eventualitäten, welche im Todesfall eintreten würden, werden mit einem geflissentlichen Cynismus besprochen, der sich vor jeder gouvernementalen Verfolgung sicher fühlt und die Lage des Sicherheitsgesetzes und der Proscription jeder freien Meinungsäußerung bis auf die Spur vergessen hat. Ton und Gehalt der publicistischen Erörterung haben sich so gründlich und so allgemein verändert, daß an eine vollständige Wiederherstellung des alten Subordinationsverhältnisses seit den Erörterungen über die Rathsamkeit eines neuen suffrage universel nicht mehr zu denken ist, die Regierung eine thatsächliche Erhöhung des Maaßes geduldeter Pressefreiheit als fait accompli hinnehmen und zum Uebrigen thun muß. — Und während die anti-gouvernementale Stimmung auf diese Weise die raschesten und unerwartetsten Fortschritte gemacht hat, zum Theil schon in eine anti-dynastische umgeschlagen ist und den Zauber der Annahbarkeit, der den restaurirten Napoleonismus zu umgeben schien, vollends zerstört hat, ist von der Regierung nichts geschehen, um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen oder ihnen entgegen zu treten. Von den Berathungen der Generalräthe sind auf Betrieb der Minister alle Gegenstände von politischer Bedeutung ausgeschlossen geblieben und der Senat hat seine Abhängigkeit und innere Leblosigkeit dadurch bekundet, daß er die die Staatsverfassung abändernden Artikel genau in der von Rouher empfohlenen Form angenommen, die Bonjean'schen Amendements verworfen und die Rede des Prinzen Napoleon desavouirt hat. Daß diese Symptome für die Unfähigkeit der zeitweiligen Machthaber mit dem Zeitpunkt zusammentrafen, in welchem die einzige reale Grundlage des Kaiserthums, die Person des Kaisers, zusammenzubrechen drohte, hat die allgemeine Erregung, welche sich in den letzten Augusttagen bereits gelegt hatte, aufs Neue heraufbeschworen. In der Hauptstadt bildet neben Erörterungen über die Zukunft der Dynastie das leidenschaftliche Verlangen nach Einberufung des gesetzgebenden Körpers den Hauptgegenstand der Alarmartikel der liberalen Presse. Daß die Regierung diese peinliche Nothwendigkeit bis aufs Aeußerste hinauschieben will, ist erklärlich genug, denn bevor die Räte des Kaisers vor die Volkvertretung treten, muß der Kaiser zu Entschlüssen gekommen sein, die durch seinen gegenwärtigen Körperzustand erschwert, wenn nicht ausgeschlossen sind. Gerade diese Rechnung auf die wirkliche Verlegenheit der Regierung ist es, welche den Angriffen der Opposition ihre Lebendigkeit gibt und dem vom Grafen Kératay ausgegebenen Stichwort so zahlreiche Anhänger zuführt. Auch in den Departements bekunden die Feinde und die liberalen Freunde des Kaiserthums eine ungewöhnliche Regsamkeit und Activität. Der thörichte

Ausschluß politischer Materien aus den Generalths-Verhandlungen, den Forcade de la Roquette den Präfekten zur Pflicht gemacht hatte, hat das Verlangen nach Decentralisation der Verwaltung, größere Selbständigkeit der Communalbeamten, Wählbarkeit der Maires u. s. w. zu einem allgemeinen gemacht und eine ad hoc geschlossene Liga der größeren liberalen Provinzial-Zeitungen herbeigeführt. Daß an eine Erreichung des angestrebten Zwecks nicht zu denken ist, dieselbe wohl auch nur von einem kleinen Theil derer, welche mitmachen, ernst gemeint ist, schränkt die Unbequemlichkeit dieser Agitation nicht ein, welche wesentlich dazu beiträgt, die Regierung unsicher, deren Gegner vertrauensvoll und ungeduldig zu machen.

Von einer activen auswärtigen Politik hat bei so bewandten Umständen natürlich kaum die Rede sein können, zumal der ehemalige Minister des Auswärtigen und jetzige Botschafter in London, Lavalette, der Befestigung seines Nachfolgers des Fürsten Latour d'Auvergne, sichtlich im Wege gestanden hat. Wenn viel geschah, nahm man an den Versuchen Englands Theil, zwischen Egypten und der Pfordte, Spanien und der nordamerikanischen Republik zu vermitteln. — Dieses momentane Stillstehen der französischen Staatsmaschine ist für die inneren Zustände des Staats ebenso verderblich, wie für das übrige Europa vortheilhaft gewesen. Für Frankreich nimmt die Wahrscheinlichkeit chaotischen Zusammenbrechens der gegenwärtigen Verhältnisse zu, für den übrigen Welttheil die Erhaltung des Friedens. Ob es für uns Deutsche möglich sein wird, die Früchte desselben einzuheimsen, ist freilich ebenso zweifelhaft geblieben, wie vor der neuesten Catastrophe in der französischen Kaisergeschichte. Zunächst macht sich geltend, daß Unternehmungslust und Selbstvertrauen der depossedirten Fürsten und ihres schwindenden Anhangs von Tag zu Tage bergab gehen und daß die österreichisch-ungarische Diplomatie sich in die Nothwendigkeit zu finden beginnt, mit der friedlichen Weltlage wenigstens vorläufig Frieden zu schließen.

Inzwischen haben die in der Mehrzahl der cisleithanischen Provinzen zusammengetretenen Landtage den Lenker der österreichischen Staatsgeschichte aufs Neue daran erinnert, daß die Ausgleichung der nationalen und landschaftlichen Gegensätze innerhalb des vielgliederigen Kaiserstaates eine nahezu unlösbare Aufgabe ist. Selbst die beiden innerhalb des dualistischen Systems vertretenen Gruppen sind schwer in Frieden zu erhalten und die außerordentlich abfälligen Urtheile mit denen die Wiener Presse den Schluß der Delegationen begleitete, ließen durchsehen, daß der eine der beiden Füße, auf denen das constitutionelle Oestreich steht, aus Thon und zwar aus schwachem Thon geformt ist. Nach der etwas kurzathmigen Freude des deutsch-österreichischen Liberalismus über den Sieg, den die Regierung bei Gelegenheit der Schulrathswahlen in Böhmen erfochten, sind die Ansprüche der slavischen Länder der Monarchie

wieder in ihrer ganzen Schroffheit hervorgetreten und wird die Nothwendigkeit von Zugeständnissen, mindestens an die Czechen, bis in die höchsten Regierungskreise hinauf anerkannt. Zu der Czechennoth droht eine Polennoth zu kommen. Schon bei der Schlußabstimmung in den Delegationen war man von der Rücksichtslosigkeit peinlich berührt worden, mit welcher sich die galizischen Repräsentanten von den übrigen Cisleithaniern getrennt hatten, um ihr Gewicht zu Gunsten der Magyaren in die Wagschaale zu werfen. Gegenwärtig wird im Lemberger Landtagsaale bei offenen Thüren darüber berathen, ob man sich der Beschickung des Reichstages nicht zunächst vollständig enthalten und im Bunde mit den Czechen direct zur Opposition übergehen soll, um auf diese Weise die gewünschte Autonomie und die Adoption eines föderalistischen Systems zu erziehen. Wenn der galizische Landtag vor diesem Wagniß zurückschreckt, so wird das nicht das Verdienst der polnischen Demokratie und ihres Führers Smolka, sondern lediglich die Folge von § 11 des im Jahre 1860 angenommenen Wahlgesetzes sein, das der zur Regierung und zu Goluchowski haltenden Bureaucratie sehr viel weiteren Spielraum sicherte, als man im Lager der kurzsichtigen und leichtsinnigen polnischen Volksfreunde angenommen hatte. Mit einer Feindseligkeit, die ebenso gegen die österreichische Regierung wie gegen das herrschende polnische Element gerichtet ist, sehen die Ruthenen Galiziens den Verhandlungen der soeben zusammengetretenen Versammlung zu, denn zu den dieser übergebenen Vorlagen gehört ein Antrag auf Abschaffung des für die Volks- und Mittelschulen obligatorisch gewesenen russischen Sprachunterrichts (der „zweiten Landessprache“ wie es officiell heißt) dessen Ertheilung künftig von dem Willen der einzelnen Gemeinden abhängig sein soll. Von der Ablehnung oder Annahme dieses Antrags wird abhängen, ob die Ruthenen sich vollständig und für immer von Oestreich abwenden und nur noch den panslavistischen Einflüsterungen des Slavo und der großrussischen Agitation Raum geben, denn in der Abschaffung des obligatorischen Unterrichts ihrer Sprache sehen sie zugleich ein Attentat auf ihre Nationalität, die sie als die von Rechtswegen in Ostgalizien erstberufene ansehen. — In der benachbarten Bukowina hat die zahlreiche ruthenische Bevölkerung durchzusehen gewußt, daß die Landtagsprotokolle zugleich in russischer, rumänischer und deutscher Sprache geführt werden, in den ruthenischen Comitaten Ungarns ist gleichfalls eine lebhafte Sprachagitation in Wendung — Grund genug für die galizischen Russen, welche sich als Führer des gesammten kleinrussischen Stammes ansehen, ihren Ansprüchen nicht ein Haar breit zu vergeben.

Für die slavische Welt ist übrigens nicht sowohl der Zusammentritt des galizischen Landtags, als die Feier des Hufjubiläums das große Ereigniß des Monats gewesen. Von den auerwärtigen Stämmen war der russische bei der

Feier in Prag am stärksten vertreten und auch in Petersburg und Moskau ist der Geburtstag des Märtyrers von Constanz mit öffentlichen Feierlichkeiten begangen worden. Für die Tschechen selbst hat diese Feier in zwiefacher Beziehung eine politische Bedeutung. Alt und Jung-Tschechen denken über den nationalen böhmischen Reformator ebenso verschieden, wie über viele andere wichtige Fragen. Die Ersteren haben schon aus Rücksicht auf den ihrer Sache verbündeten katholischen Clerus an der Hussfeier nicht so lebhaften Antheil nehmen können, wie die Letzteren; dazu kommt, daß die außerböhmischen Panславisten, namentlich die Russen, schon lange den Wunsch hegen, das Tschechenvolk mit Hilfe hussitischer Traditionen dem Katholicismus abwendig zu machen und der Kirche des Morgenlandes anzunähern. Aus diesem Grunde ist nicht nur die Zahl russischer Gäste und Festgrüße eine außerordentlich zahlreiche gewesen, sondern der Erinnerungstag an den Vorläufer der nationalen und kirchlichen Vorkämpfer Böhmens in den russischen Hauptstädten ebenso festlich begangen worden, wie in Prag. Besonderes Gewicht wurde von den russischen Festrednern darauf gelegt, daß Ruß entschiedene Sympathien für die griechische Kirche gehabt und auch in dieser Beziehung bewiesen habe, daß er das slavische Interesse richtig verstand und beurtheilte. — Die Meinungsverschiedenheiten im tschechischen Lager haben indessen nicht verhindert daß man in Bezug auf die Verfassungsfrage durchaus einig ist und der Regierungspolitik gegenüber nach wie vor die gleichen Wege geht. Für das Maß der den Tschechen zu machenden Concessionen (darüber, daß überhaupt nachgegeben werde, sollen die Grafen Beust und Taaffe bereits einig sein) werden die Entscheidungen des galizischen Landtags wohl auch mitwiegen, denn die polnischen Demokraten haben sich mit den Tschechenführern schon vor einiger Zeit über gemeinsame Action verständigt. — Auf den deutsch-österreichischen Landtagen steht die Frage nach dem künftigen Modus für die Reichstagswahlen im Mittelpunkt der Interessen; man ist hier der Einführung directer Wahlen ebenso geneigt, wie in den slavischen Provinzen feindlich. Möglich daß die Gegensätze in Galizien auch in diesem Königreich eine Wendung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts herbeiführen; die polnische Demokratie ist demselben an und für sich nicht ungünstig, hat aber das numerische Uebergewicht der Ruthenen zu berücksichtigen. — Jenseit der Leitha haben die Magyaren eine neue Befestigung des dualistischen Systems durchzusetzen gewußt; am 8. und 9. September fand zu Ugram die feierliche Einholung und Beeidigung des Banus statt, durch welche das Verhältniß Croatiens zur Stephanskronen endgiltig geordnet worden ist.

Ungarns eifersüchtigster und turbulentester Nachbar, der junge rumänische Staat, scheint sich mehr und mehr in die friedlichen Bahnen zu gewöhnen, welche ihm durch den Fürsten Karl und das Ministerium Ghika-Cogolnitsche

ano vorgezeichnet werden. Obgleich Jean Bratiano auf seine Versuche, die Partei der Rothen und damit eine türkenfeindliche Vergrößerungspolitik ans Ruder zu bringen, keineswegs verzichtet und seinen Bruder Demeter in Paris stationirt hat, um Frankreichs Eifersucht auf den preussischen Einfluß in Bukarest wach zu erhalten, ist das Land ruhig geblieben und stehen die Kammern in überwiegender Majorität zu der gegenwärtigen Regierung. Von seinem Besuch am russischen Hoflager in Taurien zurückgekehrt, hat der Fürst eine Reise nach Westeuropa angetreten und zunächst Wien aufgesucht, wo Hof und Ministerium ihm einen überraschend freundlichen Empfang zu Theil werden ließen. Wesentlich dem preussischen Einfluß in Bukarest, ist es zu danken, daß die moldau-wallachische Regierung in Mitten der widerstrebenden ost- und westeuropäischen Interessen eine Position genommen hat, die nach keiner Seite hin Anstoß gibt und für die Entwicklung und Kräftigung des rumänischen Staats wirken kann, ohne die Eifersucht der Pfordte zu reizen.

In Constantinopel dauerte der Conflict zwischen dem Sultan und seinem mächtigen Egyptischen Vasallen fort. Selbst die Specialnachrichten über den Verlauf dieses Handels haben sich als so unzuverlässig erwiesen, daß sich der Ausgang desselben nicht absehen, kaum errathen läßt. Entsprechend ihren Wünschen und Hoffnungen versichern die Organe der Westmächte, daß die Sache einen Verlauf nehme, der eine acute Krisis ausschliesse und den Höfen von London und Paris die Möglichkeit sichere, durch Rathschläge nach beiden Seiten hin versöhnend einzuwirken. Im Gegensatz dazu sind die russische und ein Theil der westslavischen Presse der Meinung, durch ihre Erfolge auf der letzten Pariser Conferenz sei die Pfordte so anmaßend und selbstvertrauend geworden, daß der Vicekönig zu Gewaltschritten gedrängt werden werde, die eine Katastrophe herbei führen müßten. — Unterdessen hat der griechisch-bulgarische Kirchenstreit seinen ununterbrochenen Fortgang genommen. Durch die Unterstützung der türkischen Minister und die russische Ablehnung des vom Patriarchen vorgeschlagenen abendländischen Concils ermuthigt, beharren die Bulgaren auf der Forderung einer vom griechischen Patriarchen unabhängigen Nationalkirche, die dem constantinopolitanischen Oberhirten nur äußerlich und formell untergeordnet sein, ihre Angelegenheiten aber durch eine selbständige Synode ordnen soll. Griechenland, dem naturgemäß daran gelegen ist, die Einheit der griechischen Kirche in den türkischen Ländern erhalten und den traditionell seine Interessen verbündeten Patriarchen an der Spitze aller morgenländischen Christen des Nachbarstaats zu sehen — Griechenland hat sich noch entschiedener gegen die Bulgaren ausgesprochen als Rußland, und den Concilvorschlag, den der Petersburger Synod. aus Opportunitätsgründen ablehnte, gebilligt. Dadurch in die Sache ist ein neues Stadium getreten.

und das russische Kirchenregiment wird sich zu nochmaliger Prüfung der Wünsche des Patriarchen Gregorius entschließen müssen. — In Rußland ist es auf dem Gebiet der inneren Politik während des September eben still geblieben, wie in den Sommermonaten. Der Kaiser verweilt noch immer am Ufer des schwarzen Meeres und die meisten Minister (Fürst Gortschakow, Graf Pahlen, General Miljutin) sind auf Reisen. Für den Beginn des Winters steht dafür eine Reihe wichtiger legislatorischer Neuerungen in Aussicht. Im Reichsrath ist ein Gesetzentwurf über Reorganisation des Städtewesens zur Berathung gekommen, der noch zu Zeiten des früheren Ministers des Inneren, Walujew, ausgearbeitet worden war und für die Provinzialstädte (die beiden Hauptstädte sind bereits im Besitz neuer Verfassungen) von besonderer Wichtigkeit sein wird, weil den städtischen Communen größere, wenn auch keineswegs genügende Unabhängigkeit von der Administration zugestanden werden soll. Ferner ist von einer Reorganisation des Klosterwesens und von Amendirung des am 8. April 1865 „probeweise“ erlassenen Preßgesetzes die Rede. Nach den Mittheilungen russischer Blätter handelt es sich um eine beträchtliche Verschärfung des Verwarnungssystems, gegen welche die Presse schon gegenwärtig das Mißtrauen der öffentlichen Meinung wachzurufen bestrebt ist. An eine Aufhebung jener Monstrosität, welche nur den in Petersburg und Moskau erscheinenden Büchern und Journalen Befreiung von der Präventivcensur ermöglichte, die Provinzialpresse dagegen unter strenge Censur stellte, wird von keiner Seite gedacht, denn man hat allen Grund, das Schweigen, zu welchem die westlichen Provinzen des Reichs- und deren deutsche und polnische Bewohner verurtheilt sind, aufrecht zu erhalten. Für die Ostseeprovinzen stehen neue Russificationsmaßregeln in Aussicht; die Geschäftsführung in den staatlichen Provinzialbehörden soll vollständig russisch in den Gymnasien der Mathematikunterricht künftig in russischer Sprache ertheilt werden. Daß das Ende davon vollständige Russificirung und Gräcifirung sein soll, geht aus dem Beispiel der polnischen und litthauischen Ländern unzweideutig hervor. Im Königreich Polen ist die ausschließliche Herrschaft der russischen Sprache in Universitäten, Gymnasien und Verwaltungsbehörden bereits angeordnet, im Generalgouvernement Wilna wird nur noch darüber gestritten, ob die katholischen Gottesdienste künftig russisch oder aber litthauisch, lettisch und schmdisch gehalten werden sollen, über die Ausrottung des polnischen ist man längst einig. — Von der turkestanischen Grenze liegen keine neuen Nachrichten über weitere Ausbreitung der russischen Macht vor, dagegen hat der bereits vor vier Wochen todtgesagte Kirgisenaufstand neue Lebenszeichen von sich gegeben. Die ungeheuren, schwachbevölkerten Ebenen, welche das Theater dieser Emeute bilden, machen dieselbe aller-

Grenzboten III. 1869.

dings ungefährlich, sie erschweren aber zugleich eine rasche und vollständige Beseitigung der Wirren, welche die den Kirgisischen Nomaden zugemuthete Annahme einer streng bürokratischen Organisation hervorgerufen hat.

Von der politischen Windstille, welche auf dem größten Theil unseres Continents herrschte und die in England nach der angreifenden und wichtigen Parlamentssession besonders gründlich war, sind eigentlich nur die beiden südlichen Halbinseln ausgenommen gewesen, welche in das mittelländische Meer ragen. In Italien kann das Cabinet Menabrea-Cambray-Digny nicht leben und nicht sterben, nehmen die Anzeichen innerer Auflösung und Zerfetzung fortwährend zu, ohne daß sich Keime einer neuen Ordnung zeigten, welche an die Stelle der alten treten könnte. Parteiuntriebe und politische Intriguen, welche an der Grenze gemeiner Verbrechen stehen, ja diese überschreiten, tragen immer wieder dazu bei, den Credit der Volksvertretung in den Augen der Nation wie der Regierung herabzubringen. Das Cabinet steht einer vielgespaltenen, nur in der Negation der Regierungsvorschläge einigen Opposition gegenüber, die kaum darauf Anspruch macht, auch nur sich selbst für regierungstüchtig zu gelten, und wird durch die stets zunehmende Finanznoth an eingreifender Verbesserung der Staatsmaschine und Hebung der noch ziemlich primären Anstalten zur Förderung der Volkswohlthat gehindert. — In Rom wird an den Vorbereitungen zum ökumenischen Concil rüstig weiter gearbeitet, aber mit dem Herannahen des Termins für den Zusammentritt desselben nehmen die Chancen für einen Ausgang im Sinne der Unternehmer ab. Die katholischen Regierungen haben ausnahmslos eine zurückhaltende Stellung eingenommen, die Mißtrauen gegen Uebergriffe der Kirchenfürsten auf das politische Gebiet, an der Stirn trägt. Bayern hat seine bezüglichen Befürchtungen ganz direkt ausgesprochen, Frankreich den Entschluß gefaßt, sich auf dem Concil diplomatisch nicht vertreten zu lassen. Sehr viel wichtiger noch sind die Kundgebungen innerhalb der Kirche selbst, welche im Voraus gegen die Präensionen der Jesuitenpartei Verwahrung einlegen. Dahin gehören das Gutachten Döllingers, die Adresse der rheinischen Katholiken und vor Allem die Kundgebung der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe, welche die verdiente Aufmerksamkeit im Auslande früher gefunden zu haben scheint, als in Deutschland, und mit welcher sich die liberale französische Presse besonders eifrig beschäftigt hat, während der Univers bemüht war, dieser außerordentlich geschickt formulirten Erklärung ihre gegen den Ultramontanismus gerichtete Spitze abzubreaken. Innerhalb der katholischen Kirche ist die Jesuitenpartei so lange die rührigere und vorherrschende gewesen, daß die Kundgebung abweichender Anschauungen von Seiten der deutschen Bischöfe Rom ebenso überraschend war wie der protestantischen Welt, und um so nachhaltigeren Eindruck machte.

In Spanien, wo die durch den karlistischen Einfall beunruhigten Nordprovinzen noch immer nicht ganz pacificirt zu sein scheinen, dauert das Interregnum fort, ohne daß der König ausfindig gemacht werden kann, der die Entscheidung für die Monarchie zur Wahrheit machte. Während die neu in Vorschlag gebrachte Candidatur des Herzogs von Genua hier unterstützt, dort angefochten wird, befestigt sich der Einfluß der republikanischen Partei unaufhaltsam, werden die Aussichten für die Behauptung Cubas täglich ungünstiger und tritt die nordamerikanische Union mit ihren Absichten auf dieses reiche Eiland immer deutlicher hervor.

In Deutschland ist der September schon seit geraumer Zeit der Monat der wissenschaftlichen Congresse und diese sind — soweit es sich nicht um Berichte über die Manoeuver in Pommern und Ostpreußen handelte — die Hauptgegenstände aller Zeitungsnachrichten der letzten Wochen gewesen. Allen Nachfragen und Provocationen zum Trotz haben die Berliner Offiziösen über die Vorlagen zum bevorstehenden preussischen Landtage ein so gründliches Schweigen beobachtet, daß Presse und Publikum ausschließlich auf ihre eigenen Gedanken über dieselben angewiesen geblieben sind, und selbst Gerüchte wie das von der bevorstehenden Einbringung eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes auftauchen konnten. In Sachen des hessischen Kirchenstreites, der einen Augenblick die Proportionen einer brennenden Frage annehmen zu wollen schien, ist es inzwischen wieder ruhig geworden. Das Organ der Berliner Fortschrittspartei, welches auch in dieser Angelegenheit gegen die Regierung Front zu machen für Pflicht hielt, hat für seine Thätigkeit andere bequemere Spielplätze gefunden: an der Seite des von Parrisius herausgegebenen „Volksfreundes“ hat die „Volkszeitung“ den Versuch gemacht, den volkswirthschaftlichen Congreß um das verdiente Ansehen zu bringen und im Bunde mit der „Zukunft“ agitirt dasselbe Blatt dafür, des würdigen Waldeck erledigten Platz im Abgeordnetenhaus mit einem der Führer der Jacoby'schen Zukunftspartei, dem Hauptmann a. D. von der Leeden, zu besetzen. Nachdem man sich über die demokratische Rechtgläubigkeit des Candidaten geeinigt hat, streiten die Herren darüber, ob „Verweigerung des Budgets“ der alleinige Inhalt eines politischen Programms sein könne oder nur die Bedeutung eines zu Zeiten zweckmäßigen Mittels habe! Was das Organ der Fortschrittspartei sich bei einem Compromiß mit Politikern denkt, die im vorigen Jahre den Friedenscongreß beschickten und an der Proclamation der „Vereinigten Staaten von Europa“ Theil nahmen, werden auch viele Freunde dieses Berliner Journals nicht begreifen können: das Bekenntniß zur „reinen Doctrin“ hat nachgerade auf allen Seiten an Wirkung und Bedeutung eingebüßt und ist im vorliegenden Fall mit einer Schwenkung gleichbedeutend,

die dem Faß, mit welchem die Berliner Fortschrittmänner bisher schöpften, leicht den Boden ausschlagen kann. Waldeck, der jeden Zoll und zu allen Zeiten ein guter Preuße war, soll durch einen Mann ersetzt werden, dessen Leiborgan mit Vorliebe von Welsen und Welsingengenossen citirt wird. Dieses neueste Capitel in der Entwicklungsgeschichte unserer politischen Gattungen und Arten wird hoffentlich im Betracht gezogen werden, wenn es zu der längst nothwendig gewordenen Reorganisation der nationalliberalen Partei kommt.

Die Grenze nach rechts ist bereits mit genügender Deutlichkeit gezogen worden, der Grenze nach links kann es nicht schaden, wenn sie auf's Neue möglichst scharf gezogen und damit allen Irthümern über politisches Mein und Dein vorgebeugt wird. Die Erfahrungen der letzten Jahre, namentlich die im preussischen Abgeordnetenhaus gemachten, haben mit einer Gründlichkeit, die Nichts zu wünschen übrig läßt, bewiesen, daß es im parlamentarischen Leben auf die numerische Stärke der Parteien sehr viel weniger ankommt, als auf eine gehörige Disciplin derselben. Wie viel diese Disciplin zu wünschen übrig läßt, hat sich jedesmal gezeigt, wenn (wie bei Gelegenheit des hannoveranischen Provinzialfonds) vergeblich der Verzicht auf individuelle Meinungsverschiedenheiten gefordert wurde, oder wenn den Parteirednern zugemuthet wurde, ihre Beredsamkeit auf das Maß des Bedürfnisses zu beschränken und an der gehörigen Stelle aufzuhören, wie es bei Gelegenheit der Debatte über das Cultusministerium (December 1868) der Fall war. Soll die beabsichtigte Reorganisation der liberalen Nationalpartei wirklich zu etwas führen, so muß mit Herstellung einer wirklichen Disciplin unter den Parteigenossen im Parlamente der Anfang gemacht und damit ein gutes Beispiel gegeben werden. Weder im Parlament, noch in der Presse, noch in Sachen der Wahlagitacion hat für die Nationalliberalen bis jetzt eine Organisation bestanden, die auf diesen Namen wirklichen Anspruch machen kann, und das Verdienst derer, welche dieselbe begründen, wird nicht geringer sein als das Maß der ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten.

---

### Literatur.

Des Aristophanes Werke, übersetzt von Joh. Jul. Droysen. Zweite Auflage. Erster Theil. Leipzig, Veit u. Comp. 1869.

Die berühmte Aristophanesübersezung von Droysen, welche von 1835 bis 1838